

ANTRAG

der Abgeordneten Mag.^a Rausch, Ing. Huber, Bader, Moser, Edlinger, Göll und
Mag. Hackl

gemäß § 34 LGO

zum Antrag LT-798/A-1/59-2015

betreffend Einführung eines verpflichtenden Schulfaches „Berufsorientierung und Wirtschaftsleben“ in den siebenten und achten Schulstufen

Die Aufgabe der Bildungseinrichtungen ist es, Kinder und Jugendliche auf die Herausforderungen des Alltags vorzubereiten. Gerade im Wirtschaftsleben werden die Anforderungen immer höher. Doch die Erfahrungen zeigen, dass sich zahlreiche Jugendliche in der Wirtschaftswelt nicht zu Recht finden. Diese Unkenntnis setzt sich dann in späteren Lebensjahren fort. So verzeichnete die Schuldnerberatung Niederösterreich in ihrer Halbjahresbilanz 2015, dass 176 der insgesamt bereits 2.643 beratenen Personen unter 25 Jahre waren. In diesem Alters-Segment gibt es – entgegen des Trends aller Beratungen, wonach die Verschuldungshöhe rückläufig ist – einen starken Anstieg um durchschnittlich knapp 6.600 Euro auf 23.067 Euro.

Daneben gibt es noch weitere Frage- und Problemstellungen wie das Wissen über die Gründung und Funktionsweise von Unternehmen, die verstärkt den niederösterreichischen Jugendlichen näher gebracht werden sollten. Eine solche Maßnahme würde einerseits einen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen beitragen, andererseits wäre es auch ein guter Schritt um die Entwicklung von beruflicher Zielstrebigkeit, unternehmerischen Denkens und der finanziellen Entscheidungsfähigkeit zu erhöhen.

Um den Jugendlichen das notwendige Wissen beizubringen, wäre es eine Maßnahme, das schon jetzt bestehende Schulfach „Berufsorientierung“ in der siebenten und ach-

ten Schulstufe in der Neuen Mittelschule um den Bereich „Wirtschaftsleben“ verpflichtend zu ergänzen bzw. in der siebten und achten Schulstufe der Allgemeinbildenden Schulen das Fach „Berufsorientierung und Wirtschaftsleben“ im Ausmaß zumindest einer Wochenstunde verpflichtend einzuführen.

Damit würde man den Schülerinnen und Schülern das notwendige Wissen für zentrale Fragestellungen rund um die Themen wie Wirtschafts- und Finanzwelt, Konsumentenschutz, Arbeitswelt oder Unternehmern vermittelt werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung, an die Bundesregierung heranzutreten, das bestehende Schulfach ‚Berufsorientierung‘ in der siebten und achten Schulstufe der Neuen Mittelschulen um den Bereich ‚Wirtschaftsleben‘ auszuweiten bzw. in den Allgemeinbildenden Höheren Schulen das Fach „Berufsorientierung und Wirtschaftsleben“ einzuführen und es in diesen beiden Schulstufen mit einer Wochenstunde verpflichtend vorzuschreiben.“